

# Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Verleger  
und die Anzeigen-Verwaltung  
an. — Erscheint wochentlich.  
Sonderdruck: 10 Pf. Nr. 21.

Angaben über die Abonnenten  
bestellen für den Monat und  
langere Zeiträume. —  
Wichtige Nachrichten in  
National-Politik und  
sonstige Zeitungs-  
nachrichten.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 17

Mittwoch, den 21. Januar 1925

20. Jahrgang

### Politische Rundschau.

#### Die beiden neuen Minister.

Berlin, 19. Januar. Nach einem Schreiben hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Ministerpräsidenten Otto v. Schlieffen zum Reichsfinanzminister und den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Krohne, zum Reichsverkehrsminister ernannt.

#### Worum Dr. Meißner nicht Reichsfinanzminister wurde.

Bekanntlich ist der sächsische Finanzminister Dr. Meißner zweimal von Dr. Luther gebeten worden, das schwere Amt des Reichsfinanzministers in seinem Kabinett zu übernehmen. Die demokratische Reichstagsfraktion erklärte aber, daß Dr. Meißner gerade noch als Fachminister gelten könne, daß es ihr aber unmöglich sei, den Eintritt eines Parteifreundes in dies Kabinett ausdrücklich zu genehmigen und eine entsprechende Haltung einzunehmen. Dazu ist zu bemerken, daß es für Sachen zweifellos ein Vorteil wäre, wenn wieder einmal ein Kenner unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in einen wichtigen Posten berufen worden wäre. Die Gesamtschaft in Berlin soll seit langem in solchem Maß verlangen, daß man in Dresden schon mehr als einmal die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen hat.

#### Die Opposition der Zentrumswähler.

Wiesbaden, 19. Jan. Ein Vertretertag der Zentrumspartei für den Rheingau protestierte gegen die Beteiligung an der Regierungsbildung. In einer Entschließung sprach man das Bedauern und das Befremden aus, daß entgegen dem bekannten Beschluß vom 11. Januar 1925 das Zentrum in die überparteiliche Regierung Luther sogenannte „Verbindungsoffiziere“ zugelassen habe. Dem Volksempfinden hätte es entsprochen, wenn das Zentrum Gewehr bei Fuß gestanden hätte.

#### Die Handhabung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

##### Ein Untersuchungsausschuß beantragt.

Berlin, 19. Jan. Verschiedene Fraktionen mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftsbereinigungen treten heute nachmittag im Reichstag zusammen. Eingegangen ist eine Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau. Ein Antrag der Deutschen Nationalen fordert die Einsetzung eines Reichstagsausschusses, um nachzuprüfen, wie weit die Reichsverfassung einerseits durch das Dekret der Entente und durch Verträge mit der Entente andererseits durch die innerdeutsche Gesetzgebung, besonders die Handhabung des Artikels 48, tatsächlich abgeändert ist und inwieweit es um der Verfassungstreu willen notwendig ist, den Wortlaut der Verfassung mit den tatsächlich angewendeten Recht in Übereinstimmung zu bringen.

#### Neue große Anleihehaufe.

##### Das Ausland hofft auf die Auswertung.

Berlin, 19. Januar. Die Nachfrage nach Anleihen an der Berliner Börse hat auch am Sonnabend und Montag früh angehalten. Im freien Verkehr werden steigende Kurse genannt, doch hält sich die offizielle Börse noch schlicht zurück. Dagegen werden in Newyorker Telegrammen des „Rotterdam Courant“ aus Newyork seit Freitag bis zu 20 Prozent höhere Kurse für alte deutsche Reichsanleihen gemeldet. Auch Basel berichtet verstärkte Nachfrage nach deutschen Anleihenwerten.

#### Die neuen französischen Wirtschaftsvorschläge.

Paris, 19. Januar. Die deutsche Wirtschafts-Delegation hat die Prüfung der französischen Vorschläge noch nicht beendet. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß bereits im Laufe des morgigen Nachmittags eine Antwort erteilt werden wird. Wie die „Telunion“ erfährt, umfassen die französischen Vorschläge an die deutsche Delegation folgende vier Punkte:

1. Waren, für die der gegenwärtige Zinsbestimmungen eingehalten wird.
2. Waren mit erhöhtem Zinsbestimmungen. (Die Erhöhung des Zinses wird von der Zustimmung der deutschen Delegation abhängig gemacht.)
3. Waren mit Maximaltarifen.
4. Kontingentierte Waren mit Zinsbestimmungen.

#### Neue Kreditkündigungen ans Tageslicht gezogen.

Kassel, 19. Jan. Auf Grund der Vorgänge in der Bundeskreditkasse in Kassel sind heute auf Anordnung der Untersuchungsrichter der Bundesrat Dr. Poppel von der Bundeskreditkasse in Kassel sowie die Kaufleute Gebrüder Wilhelm und Fritz Kapfenstein wegen Bestechung und Betruges ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dr. Poppel hat der Maschinenfabrik Magnus Kapfenstein umfangreiche Kredite vermittelt, für die nur eine ganz beschränkte Sicherheit vorhanden war. Außerdem hat er noch Privatdarlehensgeschäfte mit der Firma Kapfenstein gemacht.

## Dr. Luthers Regierungserklärung.

Berlin, 19. Januar.

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, insbesondere die Diplomatenloge. Auch auf der Journalistentribüne haben sich die Ausländer besonders zahlreich eingefunden.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 8.20 Uhr und verliest das amtliche Schriftstück über die Ernennung des Reichskanzlers Dr. Luther und der neuen Reichsminister. Neu sind nur als Finanzminister v. Schlieffen und als Reichsverkehrsminister Dr. Krohne.

#### Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Um 8.25 Uhr betritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

##### Reichskanzler Dr. Luther

erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Unmestlichkeiten empfangen.

Reichskanzler Dr. Luther dankt zunächst dem scheidenden Kabinett, besonders dem Reichskanzler Marx. Das Kabinett Marx, so führte der Kanzler aus, hat auf dem von Rückschlüssen bedrohten, dornenreichen Wege des deutschen Volkes einen demütigen und bedeutungsvollen Weg zur Gesundung Deutschlands zurückgelegt. Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziele des deutschen Wiederaufbaues zuzuschreiten, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die Politik der neuen Reichsregierung wird

##### völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes eingestellt

sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Parteiregierung fernhalten und wird sich bemühen, in lebendigem Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstage nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbewahrender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schwereren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden.

Dazu war notwendig, daß eine Regierung gebildet wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise wurde. Das ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, eine Veränderung auf gewalttätigem oder sonst ungesetzlichem Wege herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung und ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesunder. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern; ihr Eigenleben soll geachtet und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtentum lebendigen Kräfte besonderer Eingebung an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der

Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die in Gemäßheit dieser Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns lokal durchgeführt werden, wie wir die lokale Durchführung dieses Abkommens auch von unseren Vertragspartnern erwarten müssen. Die politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes ist leider durch die

##### Restriktionen der Münzer Rente

sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Restriktion. Die Restriktion enthält einen offensichtlichen Widerspruch gegen den Geist und die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen „Verfä-

lungen“ Deutschlands in der Entlohnungsfrage wiederholt die Reichsregierung das Bedauern an die Mitarbeiter, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzutellen. Sie wird alle Kräfte daran setzen, diese Verhandlungen die allmähliche Klärung der Münzenzone zu erzielen. Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsstellen sich bisher in sachlicher Weise und ohne Reibungen vollzogen hat. Ich werde in voller Übereinstimmung mit dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der mit dem Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen. Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Nachdem am 10. Januar die durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Weisbegünstigung gefallen ist, wird die Reichsregierung sich bei den Handelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken. Auf allen Wirtschaftsgebieten wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kräfte sind das Ziel. Die Befreiung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben. Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu leisten und weiter auszubauen. Die Gesundheitsfrage

ausbau der sozialen Versicherungen sollen baldmöglichst dem Reichstag zugeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzentwurf zur Erleichterung der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung wird weiter baldmöglichst einen Arbeitslosen-Gesetz den gesetzlichen Körperschaften unterbreiten. Die blickliche Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein durch besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Bedürfnis dar, die aus ihr erwachsenen politischen Schwierigkeiten schnell beseitigt werden, wie es die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Wirtschaftlichen der Arbeiterklasse zugute kommen. Die Arbeiter soll verbessert werden. Im Abbau der Zwangswirtschaft wird die Regierung fortfahren, es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot einverstanden ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich Schwachen und die hinterlassenen Familien berücksichtigen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung freiverdender Räume vorsehen.

Zur Auswertungsfrage werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei soll in vollem Verständnis für die Notlage insbesondere der alten Sparrer in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden. Weiter sind Gesetze in Vorbereitung, die eine systematische

einheitliche, wirtschaftliche, richtige und sozial gerechte Besteuerung in klarer, einfacher Form herbeiführen sollen. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar immer außerordentlich hoch bleiben, die Steuern dürfen aber nicht so bedrückend sein, daß sie die wirtschaftliche Erzeugung lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der Abbau jeder übermäßigen Besteuerung, die im letzten Jahre zur Befreiung der Währung nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden. Unsere auf christlicher Grundlage erworbene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichst großem Umfange auch den Nichtdemokraten zugänglich gemacht werden. Im Rahmen des verfassungsmäßigen Zustandes hofft die Reichsregierung, ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können. Die Verabschiedung des bereits vorgelegten Haushaltsplanes wird erst möglich sein nach der Beantwortung verschiedener Vorfragen, wie Währungs-, Finanz-, und steuerliche Gesetzgebung.

Der Reichskanzler schließt: Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen. Beseitigt wird die

Restriktionen der Münzer Rente

Restriktionen der Münzer Rente

Restriktionen der Münzer Rente

die auf jenem Wege laßt, nur langsam begeben werden können. Ein Normalschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt und wenn das deutsche Volk aus seiner Herrlichkeit sich immer einwärtiger zusammenschließt. Nur dann wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Bewußtsein der anderen Völker den

Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert und seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von stürmischen Hurren der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloß unter dem lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Darauf vertagt das Haus die Besprechung der Regierungserklärung auf Dienstag, 19 Uhr mittags. — Schluß 7 Uhr.

Berlin, 19. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen, an das neue Reichskabinett eine Reihe von Anfragen zu richten, die sich namentlich darauf beziehen, wie sich die Regierung Luther zum Problem der Ernährungspolitik, dem Schutze der Republik und den Eintritten Deutschlands in den Völkerbund stellt. Mutmaßlich wird davon abhängig sein, ob Sozialdemokraten und Kommunisten eine gemeinsame Kampffront (?) gegen das Kabinett bilden werden. In den Werkstätten machte gestern abend Protest die ersten Andeutungen von einem taktischen Zusammengehen (?) mit den Kommunisten.

**Druckstimmen zur Regierungsbildung.**

Berlin, 20. Jan. Die gestern im Reichstag vom Reichskanzler Dr. Luther abgegebene Regierungserklärung findet mit Ausnahme der „Roten Fahne“ in keinem Blatt ausgesprochene Ablehnung. Das kommunistische Parteiblatt betont auch, daß die kommunistische Partei als einzige Partei Opposition gegen die Regierungserklärung gemacht habe. Einzelne Punkte der Regierungserklärung finden allerdings in den Blättern je nach der Parteirichtung eine gewisse Kritik, insbesondere hinsichtlich dessen, was in der Regierungserklärung nicht gesagt worden ist. Im ganzen genommen nimmt die Presse aber eine abwartende Haltung ein und macht ihre Beurteilung der neuen Regierung von den neuen Taten abhängig. — Die deutschnationalen Blätter knüpfen an die neue Reichsregierung, in der zum erstenmal seit der Revolution deutschnationale Vertreter sitzen, entsprechende Hoffnungen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem ersten Schritt auf einem neuen Wege. Es handele sich jedoch um einen Anfang, der der Entwicklung bedürfe. Die neue Regierung müsse mit ihren Arbeiten da anfangen, wo die alte aufgehört habe, und sie habe zunächst mit dem zu rechnen, was ihre Vorgängerinnen geschafft oder unterlassen hätten, freilich nicht mit Unabänderlichem. — Die „Kreuzzeitung“ unterstreicht die von Dr. Luther erwähnte christliche Grundlage unserer ganzen Kultur und erklärt, wenn es der Reichsregierung ernstlich um die Durchsührung eines nationalen christlichen Programms zu tun sei, dann müsse sie vor allem auf eine Wenderung der politischen Verhältnisse in Preußen dringen. — Der „Volkswacht“ spricht von einem neuen Typ von Reichsregierung, deren Zusammensetzung rein äußerlich schon mehr zum Sachlichen — zu Sachministern — an — Die „Welt“ faßt den Hauptgedanken, den die Regierung hinterlasse, in die Worte zusammen: „Inwieweit Luther wird kein parlamentarischer Kampf sein.“ Luther, der auch über die Grenzen des Reiches hinaus die Kräfte aller staatsbeachtenden Parteienarbeit heranziehen will, will dem inneren Frieden. — Die „Germania“ sagt: Alles in allem die alte Wortschatz, die uns da verstanden wurde, diesen Versprechungen und Verheißungen ehrerbietung und entschlossener Wille ist, bleibt ert. Das Gute, das die Regierung verspricht, das Zentrum ehrlich unterstützen. Für jede Erklärung wird es ein aufmerksames Auge haben. — Die Erklärung des Kanzlers, daß er die volle Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Richtlinien trage, nennt die „Völkische Zeitung“ ein schönes Zeichen für die Verantwortungsbereitschaft, die Ehrlichkeit und den Optimismus Luthers. Ob es auch ein Zeichen für die Kenntnis der realen Verhältnisse sei, das müsse die Zukunft zeigen. — Auch der „Vorwärts“ will die Taten der neuen Regierung abwarten, wenn ihm auch die Gesichter auf der Ministerbank geläutes Mißtrauen einfließen

**Vorläufig keine Räumungsverhandlungen mit Deutschland.**

Basel, 17. Januar. Der Londoner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ bestätigt, daß weder England noch Frankreich und Belgien irgendwelche Neigung zeigen, in einen Meinungsaustrausch mit Deutschland über die Räumungsverhandlungen einzutreten. Vor Anfang März würden die Alliierten selbst über ihre weiteren Beschlüsse nicht im Klaren sein.

**Drei Todesurteile der Kriegsgerichte!**

Paris, 17. Januar. Wie aus Lüttich mitgeteilt wird, hat das Kriegsgericht gestern nachmittag den deutschen Oberst Tesmann und der Major Vermann in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die beiden Offiziere werden beschuldigt, daß sie am Tage der Schlacht von Rossignol 121 Zivilpersonen hätten erschossen lassen.

Das Kriegsgericht in Namur hat den deutschen Major Helne und den Hauptmann Gallent ebenfalls in Abwesenheit zum Tode verurteilt wegen Mordes und sonstiger Kapitalverbrechen. Der deutsche Oberst v. Ompteda wurde wegen Brandstiftung zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er soll am 26. August 1914 in Clavigne vier Häuser in Brand gesteckt haben.

Reggio, 17. Januar. In Verbindung mit dem Morde an dem Deutschen Hingpeter wurden sieben Soldaten von verfolgender Kavallerie gefangen genommen und erschossen. (W.S.)

**Bruch des Oberschlesien-Abkommens durch die Polen!**

Berlin, 18. Januar. Durch Verfügung der polnischen Regierung sind die zweiten Feiertage an Weihnachten, Ostern und Pfingsten sowie der Karfreitag aufgehoben worden, obwohl Artikel 89 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien bestimmt, daß die vor dem Uebergange der Staatshoheit anerkannten kirchlichen Feiertage nur mit Zustimmung der betreffenden Religionsgesellschaften beseitigt werden können. Von einer Befragung, geschweige denn Zustimmungserklärung der Vertreter der ober-schlesischen evangelischen Kirchen ist bisher nichts verlautbart. Es scheint vielmehr eine neue Vergewaltigung der deutschen Winderheiten und ein Bruch der unter dem Vorhabe des Völkerbundsbelegten Colander abgeschlossenen Oberschlesien-Konvention vorzuliegen.

**Das französische Mandat in Kamerun.**

Paris, 19. Jan. Der Regierungskommissar in Kamerun Marchand ist gestern in Marseille angekommen und hat den Interlewiern erzählt, „welcher Auffassung die alte deutsche Kolonie unter französischer Verwaltung genommen habe“. Die Bevölkerung von Kamerun ist nach der Erzählung des Herrn Marchand mit der französischen Verwaltung sehr zufrieden; sie ziehe die „gerechte und sanfte Kolonisationsmethode Frankreichs der rauen, militärischen Manier Deutschlands vor“.

Diese „Bestellung“ wird niemand überraschen, bemerkt der Interlewi. Wir möchten hinzufügen: ganz besonders, wenn das Dob für die französische Verwaltung aus dem Munde des Mannes kommt, der für diese Verwaltung verantwortlich ist. Marchand gibt weiter an, die Eisenbahnlinien seien ausgebaut, der Hafen von Duala werde in seiner neuen Gestalt einer der schönsten der Westküste werden. Die Ausfuhr sei im letzten Jahre von 23 Millionen auf 41 Millionen gestiegen.

**Sechs Millionen Dollar Gold nach Europa.**

London, 19. Januar. „Morning Post“ zufolge hat das amerikanische Linienschiff „George Washington“, das gestern in Plymouth einlief, Goldbarren im Werte von sechs Millionen Dollar an Bord. Dieser Betrag, der von den Vereinigten Staaten für die verschiedenen europäischen Länder zur Hebung der Weltfinanzen bestimmt ist, ist seit den Vorkriegstagen der größte, der von einem Schiff nach Europa gebracht wurde. Das Gold wird von London aus weiter verteilt werden. Ein kleiner Teil fließt in London, während ein größerer Betrag für Bombay, Amsterdam und Paris bestimmt ist. Von diesen Orten werden dann weitere Verteilungen an Rußland und Deutschland, sowie andere europäische Länder erfolgen.

**Anschlag auf die britische Flotte!**

Geheime Pläne der englischen Admiralität. London, 19. Januar. Die Londoner Polizei hat 6 Männer und eine Frau verhaftet, die beschuldigt werden, geheime Pläne der Admiralität gestohlen oder sich verschafft und den Plan gehabt zu haben, englische Kriegsschiffe in die Luft zu sprengen. Die verhafteten Männer sind Iren, und der Zweck des Komplottes soll gewesen sein, in England antirische Demonstrationen hervorzurufen, die im nationalen Interesse Irlands ausgenutzt werden sollten.

**Demokratische Fraktionsführung nach der Reichstagsklärung.**

Berlin, 19. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion hielt heute nach Schluß der Vollziehung eine Fraktionsführung ab, in der sie sich mit der Frage des Vertrauensvotums beschäftigte. Es schien eine starke Stimmung für ein Mißtrauensvotum vorzuliegen, falls die kommende Debatte die Lage verschärfen würde. Voraussetzlich wird sich aber die Fraktion bei einem Vertrauensvotum der Abstimmung enthalten.

**Zentrum und Aufwertungsfrage.**

Berlin, 19. Jan. Die Telegraphen-Union erzählt, daß sich das Zentrum nach einem Vortrag des Sachverständigen der Partei für Aufwertungsfragen am Sonntagabend bereit erklärte, über die 3. Steuernotverordnung hinauszugehen und eine Aufwertung in möglichen Grenzen zuzulassen.

**3 Millionen Reichsbannerleute.**

München, 19. Jan. In einer am Sonntag vor dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in München gehaltenen Rede erklärte der Oberpräsident der Provinz Sachsen Spring-Magdeburg u. a.: Noch niemals in der Weltgeschichte sei in so verhältnismäßig kurzer Zeit eine solche Massenorganisation entstanden, die größte Organisation der Welt überhaupt. Bei der Feier des einjährigen Bestehens im Februar glaube er verstanden zu können, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten habe. Die Ruhe und Ordnung bei der Durchführung der letzten Wahlen sei niemand anders als dem Reichsbanner zu verdanken. Die Versammlung, in der der Redner sich auch über den neuen Reichskanzler Dr. Luther und den neuen Innenminister Schiele äußerte, verlief ohne Zwischenfall.

**Die lippsischen Landtagswahlen angefochten.**

Detmold, 19. Januar. Die Wählenden haben in einem Protest die Landtagswahlen angefochten und Neuwahlen beantragt.

**Wegen Beschimpfung der Reichsflaggen verurteilt.**

Königsberg, 19. Jan. Das Insterburger Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Engelried, der in einem Insterburger Hotel den Ministerpräsidenten Braun einen „ungebildeten Flegel“ genannt und die Reichsflaggen beschimpft hatte, zu zehn Wochen Gefängnis.

**Erweiterung des preussischen Kabinetts.**

Berlin, 19. Januar. In der Frage der Regierungsumbildung erklärt die Telegraphen-Union, daß in Zentrumskreisen der Gedanke erwogen wird, das jetzige Kabinett aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten durch zwei Minister aus diesen Parteien zu erweitern. Das Zentrum beabsichtigt, für den preussischen Finanzministerposten Herrn Schmetting vorzuschlagen.

**Für die freien Berufe.**

Wie wir erfahren, wird das sächsische Finanzministerium in Berlin beantragen, daß den freien Berufen künftig die gleichen Steuerermäßigungen zuteil werden, wie lohnsteuerpflichtigen Personen, Gewerbetreibenden usw. Bei der Einkommensteuervergütung im laufenden Monat hat man bekanntlich ausgerechnet die freien Berufe, die wahrscheinlich nicht auf Rosen gebettet sind, von den bekannten Steuerermäßigungen ausgenommen!

**Aus Stadt und Land.**

Am 20. Januar 1926.

**Ausdehnung des Sonntagsausflüßer-Verkehrs und Vermehrung der Gesellschaftszüge.** Die Reichsbahn sucht den Verkehr nach allen Richtungen hin zu beleben. Sie trägt sich daher mit der Absicht, den Sonntagsausflüßerverkehr nach Kräften zu fördern und zu verbilligen. Gleichzeitig sind auch Richtlinien ergangen, die Veranstaltung von Gesellschaftsfahrten zu erleichtern. Für die Gesellschaftszüge werden Wagen beliebiger Klasse gestellt. Die Fahrkarten gelten für Hin und Rückreise und werden mit 33 1/2 Prozent Rabatt in ganzen Wägen den Veranstaltern der Fahrt ausbezahlt. Die Mindestteilnehmerzahl soll sich belaufen auf 300 in der zweiten oder 400 in der dritten oder 600 in der vierten Klasse; der Zug kann aber auch im selben Verhältnis aus verschiedenen Wagenklassen zusammengestellt werden, das heißt, daß der Kilometer etwa 12 Markt Mindestteilnehmer bringt. Die Anforderung der Gesellschaftsfahrten geschieht bei der Direktion der Ausgangsstation; Vereine und andere Organisationen, die mit gemeinsamem Ausgangspunkt und Endziel, auch gemeinsamer Rückfahrt, eine Reise antreten, ebenso Reisebüros, werden die Vorteile solcher Gesellschaftsfahrten ausnutzen. Von ganz anderer Art sind jetzt in Aufnahme gekommen Verwaltungsbesuche auf längere Strecken. Damit soll insbesondere dem Sport und dem Luftflugverkehr nach weiter entfernten Zielen gebiet werden, wobei die Verpflogtheit des früheren Wochenendes auch Gelegenheit gibt, etwa schon am Sonnabend nach, die Reise anzutreten. Man denkt ferner an Extrazüge zu sportlichen Wettkämpfen, selbst auf große Distanzen. Am allgemeinen sollen solche schnell geführten Sportbesuche der Förderung möglicher Billigkeit entsprechend mit der 4. Wagenklasse gefahren werden, wobei auch auf den Fahrpreis der 4. Klasse noch ein Rabatt von 33 1/2 Prozent gemährt wird.

**Christlicher Familienabend.** Im Anschluß an die Rattafundene Reichsvergleichswoche veranstaltet die christliche Elternvereinsung des Quartals am Mittwochabend im Bürgergarten einen Familienabend, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Herrn Neumann vom Landesverband der christlichen Elternvereine über das Thema: „Vom Geist in der Erziehung“ stehen wird. Für den übrigen Teil des Abends ist ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm aufgestellt worden, aus dem wir die beliebtesten Bilder aus dem Christspiel, ergötzliche Anekdoten, Possen- und andere Musikvorträge hervorheben. Jedenfalls verspricht der Familienabend viel Anregung und gute Unterhaltung und ist deshalb ein Besuch des selben nur wärmstens zu empfehlen.

**Einen Selbstmordversuch** unternahm vergangene Nacht ein in der Bodener Gasse wohnhafter Mann, indem er sich in die Stube einschloß und die Gasöhne öffnete. Wegen 3 Uhr hörte die Ehefrau ein verdächtiges Röcheln und mit Hilfe von Nachbarwohnern und der herbeigerufenen Ordnungspolizei wurde die Tür geöffnet und der Mann auf dem Sofa liegend noch lebend angetroffen. Die Ursache zu der Tat ist in eheleichen Zwistigkeiten zu suchen.

**Zur Anzeige** gelangte ein hiesiger Bäckermeister wegen Uebertretung der Vorschriften über die Sonntagsruhe.

**Die ersten Stare.** Aus verschiedenen Orten Sachsens wird gemeldet, daß sich die ersten gefiederten Frühlingboten, die Stare, bereits eingefunden haben. So wird ihr Eintreffen aus Reichenbach bei Hohenstein-Ernstthal und aus Dittersdorf gemeldet.

**Film-Schwindel.** Aus Dresden meldet man folgende Warnung: Unter der Bezeichnung „Gewerbestim Magdeburg“, Inhaber Henry Beyer, haben in den letzten Wochen drei Personen in vielen Städten Deutschlands gewerbliche Gebäude gequillt. Die Aufnahmen sollten dann innerhalb einer bestimmten Frist in Lichtspielhäusern gezeigt werden. Als Entgelt hatten die Besitzer der gewerblichen Gebäude Vorzüge in verschiedenem Maße zu zahlen. Das ganze Unternehmen hat sich als Schwindel erwiesen. Ritgen sind bisher die übernommenen Verpflichtungen eingehalten worden. Henry Beyer hat erklärt, daß er mit der Angelegenheit nichts mehr zu tun habe, sondern der Schwindel von seinen bischepien, seit längerer Zeit gekündigten Angestellten Karl Demter, Paul Schlüter und Bruno Kumpel betrieben wurde.

**Wollstrauzum am 1. März.** Es ist geplant, am Sonntag, den 1. März zum ersten Male einheitlich im ganzen Reich einen Gedenktag zu Ehren der Gefallenen des Weltkrieges zu begehen, für den die seit langem erstrebte Grundlage bisher nicht geschaffen werden konnte. Die Vorbereitung der Feier liegt in den Händen eines Ausschusses, dessen Vorsitz der Präsident des Reichsbundes Deutsche Kriegergattnerfürsorge e. V. führt, und in dem die Spitzen der kirchlichen Behörden der drei großen Bekenntnisse und eine Anzahl großer kultureller und wirtschaftlicher Verbände vertreten sind.

**Falsche Rentenmarkscheine.** Nach einer Mitteilung der Deutschen Rentenbank sind erhebliche Mengen falscher Rentenmarkscheine zu 5 Mark im Umlauf. Die Merkmale der falschen sind folgende: Die Falschscheine sind im Steinruck ausgeführt und in der Breite 2 Millimeter schmaler als die echten Scheine. Anstelle des Stoffauflaufes ist das Papier am rechten Schaurande nur leicht gelöst geteilt. Der Faserstreifen ist bei einigen Scheinen durch aufgeklebte Fasern unvollkommen nachgebildet, bei anderen fehlen die Fasern gänzlich. Ebenso ist das Wasserzeichen mangelhaft nachgeahmt. Die Beschriftung ist besonders in den kleineren Schriftgraden unklar und verbleicht. Der Untergrund der Rückseite wirkt, von den mattblau gehaltenen Rändern abgesehen, meist zu einfarbig, weiß die zweite Faserfarbe (grün-rot-grün-grün) besonders in der großen Mittelrosette nur mangelhaft wiedergegeben ist. Als besonderes Merkmal ist zu bemerken, daß beim Straffahen in der ersten Zeile hinter dem Worte „Rentenmarkscheine“ befindliche überflüssige Teilungszeichen (•) zu erwähnen.

**Evangelische Landeskonferenz.** Anlässlich der diesjährigen landwirtschaftlichen Woche in Berlin, Mitte Februar, veranstalten der Zentralausschuß für N. W., die Evangelische Frauenvereine und der Evangelische Verband für die weibliche





Jugend Deutschlands eine evangelische Landeskonferenz. Sie ...

Erzgebirge und Sachjen.

Wauter, Walbene Hochzeit. Der Schmiedemeister Hermann ...

Wahlg. In einer gubefuchten Versammlung ist die ...

Schorlau. Der am 1. April 1924 abgebaute Lehrer ...

Schneberg. Motorrad-Diebstahl. In der Nacht zum 9. d. M. wurde dem Orthopäden ...

Schneberg. Entschuldigungsverbauch. Das im Grundbuch ...

Schwarzberg. Erwischter Briefmarken. Wegen Diebstahls ...

Schneberg. Das Doppelwohnhaus des Handlismannes ...

Annaberg. Wohlfahrtsvereine. Das Wohlfahrtsamt ...

Buchholz. Sächsischer Gärtnertag. Auch die ...

Jwidau. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ...

Meerane. Konkurs. Ueber das Vermögen der Firma ...

Werdau. Gäßliche Szene. Abends in der neunten ...

Gumnitz. Glodenweihe. In feierlicher Weise wurden ...

Aus dem Sangerleben.

Der Sangertag des Obererzgebirgischen Sangerbundes ...

Ein neuer Kreditkandal.

Berlin, 19. Jan. Die Finanzkandale der letzten ...

Schon vor etwa 14 Tagen war bekannt geworden, ...

Die Verhafteten wurden Montag vormittag um 6 ...

Neues aus aller Welt.

Trauerfeier fur die Berner Opfer. Am Sonnabend ...

Die Schuld von Bern noch immer ungeklart. Bern, ...

Der verdachtige Jager aus Kurpfalz. Bei einem ...

Ein schweres Automobilungluck ereignet sich am ...

Beraubt und aus dem Zuge geworfen. Auf der ...

Eisenbahnungluck in Frankreich. Paris, 19. Januar. ...

Verheerende Feuerbrunst in Japan. Die ...

Sturzwang. Im Gefangnis in Landsberg (Bayern) ...

Dem Meere zuruckgegeben. Der Ort auf der ...

Abgang der Lusitania? Der englische Kapitan ...

Kunst und Wissenschaft.

Derbesitz an den Generalintendanten. Bekanntlich ...

Sonderhuser Landestheater. Der Gemeinderat ...

Keine neuen Unterhandlungen mit Richard Strauß. ...

Letzte Drahtnachrichten.

Berlin, 19. Jan. Im Rechtsausschuß des ...

Amsterdam, 19. Jan. In Rotterdam sind ...

Amsterdam, 19. Jan. Infolge des ...

Wirtschaftliches.

Table with 4 columns: Wahrmessung, Qualitat, Preis, and other metrics.

Außerdem 100 geschlachtete Schweine. ...

Verantwortlich fur den gesamten Inhalt: ...

Sport und Spiel.

Sportverein Kiemannia Fußballabteilung Aus. Unter der ganz vorzüglichen Leitung des Schiedsrichters...

welcher sich sehr gut einführte, diese aus der Luft unhalbar verman- delte. Trotzdem Kiemannias Wärmer alles aus sich herausgab...

lich von der neuen Feinstmargarine „Schwan im Blauband“, deren billiger Preis einen vermehrten Verbrauch gestattet.

Amtliche Bekanntmachung. Versteigerung.

Am 21. Januar 1925, vorm. 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: 1 Schreibmaschine, 1 Papierkorb...

Geschäftliches.

Der Estima weiß es und jede Hausfrau sollte es beachten, daß fettreiche Nahrung den besten Schutz gegen Rätze und Erkältungskrankheiten bietet.

Gesunde Kinder haben auch einen gesunden Appetit. Geben Sie ihnen ihr Frühstücksbrot dick mit der Feinstmargarine „Schwan im Blauband“ bestrichen.

Christliche Elternvereinigung des Auertales zu Aus. Einladung zum Familien-Abend Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr im Bürgergartenfaale.

Scotts Emulsion Deutsche Fabrik. Kräftige Knochen bekommen die Kinder bei regelmäßigem Einnehmen von Scott's Emulsion.

Seifenverschwendung ist es, wenn Sie beim Waschen mit Seife nicht ein Mittel gebrauchen, das durch gleichfalls kläubernde Wirkung eine sparsame Verwendung der teuren Seife verbürgt.

Café Central, Aue. Freitag und folgende Tage Ausschank von Bockbier von 6 Uhr an Schinken in Brotteig.

Militär-Verein „Kameradschaft“ Aue. Kamerad Christian Mehlhorn wird Mittwoch, nachm. 7/2 Uhr, von Schwarzenberger Straße 29 aus, beerdigt.

Trink-Eier garantiert frische, große Ware, 6 Stück 1.- M. Rast-Eier, 8 Stück 1.- M. Paul Filscher, Aue, Reichstraße 3.

Großer, Schneeberg, Sa. Ringstraße Nr. 3. Neuverrichtung von Möbeln aller Art Wohnungen, Kontor-, Restaurant- und Café-Einrichtungen.

938 an das Fernsprechnetz angeschlossen. Gustav Schindler Handschuhfabrikation.

Zöpfe empf. in großer Auswahl Stern & Gauger Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wittenerstr. 48, am Wittinplatz.

Leere Weinkästen Neutuch Neuweiß Papier Textilabfälle taufen zu Tagespreisen.

tüchtigen Vertreter der in Kolonial-, Grünwaren- und Konsumgeschäften bestens eingeführt ist und den Vertrieb intensiv aufnimmt bei 10% Provision.

Bettmässen sofortige Befreiung. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. Dr. med. Hirschbach, Mischen 1 808, Arcisstraße 61.

Diamant's Rohprodukt-Handlg. Aue, Bahnhofstraße 2.

Ostermädchen sowie Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen zum sofortigen Antritt sucht Herrenwäschefabrik J. Sinn, Aue.

Lehrstelle bei einem Schuhmachermeister gesucht. Suche für meinen Sohn zu Ostern eine Lehrstelle ohne Kost und Logis.

JCH HAB'S Urbin DER GUTE SCHUHPUTZ. Urbin, die Terpentinölware Erhält die Schuhe viele Jahre.